

Abonnements

Sehen Sie den Verlag und dessen...
Vorauszahlungen
Wortlaut des Artikels

Der Sozialdemokrat

Ersteinst
in London.
Verlag
German Cooperative Publishing Co.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

No. 34.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“...
abgegeben werden.

23. August 1890.

Ueber Parteifragen.

I.

Nur wenige Wochen noch, und der „Sozialdemokrat“ wird der Vergangenheit angehören. Es scheint uns daher angemessen, wenn wir die kurze Spanne Zeit, die unserm Wirken für die Sache der Partei noch gegeben ist, mehr auf die Besprechung der inneren Parteianglegenheiten verwenden, die ja ohnehin, und zwar ganz naturgemäß, im gegenwärtigen Moment mehr in den Vordergrund getreten sind.

Und da scheint uns zunächst ein offenes Wort oder, wenn man will, einige offene Worte am Plage über die Vorgänge, deren Schauplatz Berlin, Dresden, Magdeburg in den letzten Tagen gewesen sind.

Möglich, daß wir die Bedeutung dieser Vorgänge überschätzen, daß es sich, wie von Genossen behauptet wird, wirklich nur um eine verhältnismäßig unbedeutende Anzahl von Leuten handelt, die in einer möglichst geräuschvollen, sich „radikal“ gebendenden Opposition gegen die bisherige Parteivertretung ein Mittel sehen, sich ein erhöhtes Relief zu geben, die aber für das Gros der Partei ganz bedeutungslos sind. Wir sind jedoch der Ansicht, daß selbst dann eine Erörterung der Vorgänge von Nutzen sein kann, wie wir überhaupt in politischen Dingen dem Grundgesetz huldigen: Alles ernst und nichts tragisch nehmen. Auch das verhältnismäßig Unbedeutende kann der Beachtung werth sein, sobald ihm ein symptomatischer Charakter innewohnt. Darauf muß also die Untersuchung jedenfalls gerichtet werden.

Als selbstverständlich schicken wir voraus, daß wir in der Thatsache, daß gewisse Leute als Opposition auftreten, weder etwas Ungewöhnliches, noch gar etwas Bedenkliches erblicken. Opposition hat es immer gegeben und wird es immer geben, anders wäre unsere Partei kein wirklich lebender Organismus. Wir selbst haben wiederholt Opposition gemacht, und es gibt wohl keinen Genossen, die Mitglieder der Parteivertretung inbegriffen, der nicht dasselbe von sich sagen könnte, der nicht jederzeit wieder in die Lage kommen könnte, Opposition zu machen, bezw. machen zu müssen. Denn das Opponiren gegen Dinge, die man für falsch hält, ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht eines jeden Mitglieds irgend einer Gemeinschaft.

Es ist nicht die Thatsache, daß Opposition gemacht wird, sondern wie und von wem Opposition gemacht wird, was unsere Erörterung veranlaßt. Denn das ist im vorliegenden Falle das Besondere. Die von den Opponenten verfolgten theoretischen u. Gesichtspunkte kommen dagegen erst in zweiter Linie in Betracht. Warum, das wird sich aus dem Folgenden ergeben.

Sehen wir uns zunächst die Personen an, welche sich als Opposition geriren, so ist die Thatsache nicht zu bestreiten, daß es fast alles Leute sind, die der Partei erst unter dem Sozialistengesetz beigetreten sind. Die Gegner stützen ja auch darauf ihr Verweh von dem „Kampf der Neuen gegen die Alten“. Die guten Leute übersehen dabei nur, daß eine Anzahl „Neuer“ noch nicht die Neuen sind; sie bilden nur einen Theil der Neuen, und zwar keineswegs die Mehrzahl derselben. Aber Thatsache bleibt, die Kehler, die Wille, die Müller und was sich um sie herumgruppiert, sind mehr oder minder jung in der Partei und die Meisten von ihnen auch noch recht jung an Jahren. Es sind Leute, welche davon, was und wie die Partei vor dem Ausnahmengesetz war, nur eine sehr unklare Vorstellung haben, denen, welches sonst immer ihre Vorzüge sein mögen, eine wichtige Eigenschaft abgeht: die Erfahrung im Parteileben.

Wir würden darauf kein besonderes Gewicht legen, wenn es sich nicht gerade im gegenwärtigen Moment in der Partei um Dinge handelte, bei denen die Erfahrung ein sehr großes Wort mitzusprechen hat. Gewiß schätzt dieselbe nicht vor Irrthümern, und ebenso hat manchmal grade der durch seine Voreingenommenheit beeinflusste Blick der Jüngeren das Richtige getroffen, im Allgemeinen aber hat die Erfahrung die größere Wahrscheinlichkeit des zutreffenden Urtheils für sich. Man hätte also von den betreffenden jüngeren Genossen

immerhin Eines erwarten dürfen. Möchten sie gegenüber dem Verhalten und den Vorschlägen der Parteivertretung einzuwenden haben, was sie wollten, und möchten sie diese Einwände so entschieden geltend machen, als sie es für nöthig hielten — zu einem Aburtheilen von oben herab sind sie sicherlich nicht berufen. Thatsächlich aber suchen sie grade darin zu erzelliren. Und zwar um so mehr, von je zweifelhafterem Werth ihre Qualifikationen sind.

Das Neuhier hat in dieser Beziehung der Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, Hans Müller, geleistet. Wenn man die Auslassungen dieses jungen Mannes liest, der kaum in's politische Leben eingetreten ist, so sollte man meinen, die Bebel, die Liebknecht, die Auer, die Singer u. wären nicht nur höchst scholle Gezellen, sondern auch ganz dumme Jungen, die von Parteilassen nicht das Geringste verstehen. Zweifelsohne reichen das Wissen und der Charakter der Genannten nicht entfernt an das Quantum heran, das Herr Müller von diesen Eigenschaften im Besitz zu haben glaubt, aber ein Mann, der so kräftig gegen „Autoritarismus“ zu donnern weiß, hätte von seiner phänomenalen Ueberlegenheit wirklich einen etwas diskreten Gebrauch machen dürfen.

Doch nein — die Ironie ist hier nicht am Plage. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn der genannte Hans Müller, ein absoluter Neuling im Parteileben, in Bezug auf den von der Parteivertretung ausgearbeiteten Organisations-Entwurf wie folgt schreibt:

„Wohl in der Erkenntniß seiner vollständigen Unbrauchbarkeit schweigt sich die sozialdemokratische Presse über den Organisationsentwurf vollkommen aus.“

Blickt man auf den, der das geschrieben, und dann auf die Männer, denen das Herrchen die Penur der totalen Unfähigkeit erteilt, dann fehlt einem wirklich der parlamentarische Knoblauch für ein solches Gebahren. Es gehört die Arroganz der aufgeblasenen Unwissenheit dazu, aus der Thatsache, daß nicht alle Genossen mit ihrem Urtheil über den Organisationsentwurf so schnell bei der Hand sind, wie Herr Müller und seine Freunde mit ihrer „vernünftigen“ Aburtheilung, sich das Recht zu vindiciren, ihr vorläufiges Schweigen für eine Beurtheilung zu erklären. Vorläufig besagt es nur, daß andre Leute sich über die Schwierigkeiten der Organisationsfrage mehr Rechenschaft geben, als der forsche Herr Student.

Und wer nicht denkt, Dem wird sie gelohnt, Er hat sie ohne Sorgen.

Gewiß sind einzelne Punkte des Entwurfs auch uns im ersten Augenblick bedenklich erschienen, aber wir haben uns zugleich gesagt, daß die Männer, die sie ausgearbeitet, sicherlich nicht leichtfertig, sondern nach reiflicher Berücksichtigung der Verhältnisse, mit denen die Partei in Deutschland zu rechnen hat, zu ihrer Formulirung gelangt sind. Und so wie wir werden wohl auch andere gedacht haben, ohne sich damit selbstverständlich ihres Urtheils zu begeben. Aber sie mögen es für richtiger gehalten haben, erst die Gründe zu vernehmen, die zu den betreffenden Vorschlägen Anlaß gaben, ehe sie ins Blaue hinein verdomerten.

Aber Herr Müller und seine Genossen. Ihr Urtheil war sofort fertig. Und wie urtheilten sie. Dafür nur einige Beispiele. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“, bezw. irgend einer der anonymen Mitarbeiter dieses Blattes, findet es höchst unpassend, daß der Kongreß schon gleich im Oktober stattfinden soll. Man hätte wohl ganz gut noch drei Monate warten, und die Zeit zur öffentlichen Diskussion verwenden können, meint er; der frühe Termin liege keineswegs im Interesse der Gesamtpartei. Also bloß im Interesse der Fraktion, muß der Leser schließen. Was die Auer, Bebel u. doch für Schufte sind. Was wetten wir aber, daß wenn die Auer, Bebel u. den Kongreß zum Anfang Januar einberufen hätten, eben derselbe Kritiker erklärt hätte, das sei die höchste Annahme, die Fraktion habe ihre Vollmachten unmittelbar nach dem 1. Oktober der Partei zurückzugeben gehabt, und nun klammerten sie sich noch drei Monate länger an dieselben.

Herr Baurath Kehler wiederum droht in seinem „Vereinsblatt“ bereits mit dem Staatsanwalt. Der Satz, daß zur Parteigenossenschaft eine dauernde materielle Unterstützung erforderlich sein soll, erregt seine „kriminal-rechtlichen“ Bedenken. Dadurch stemmt sich die Partei zu einem Verein, und falls unter den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Also keine Kontrolle der Parteizugehörigkeit, lassen wir jeden in die Parteiverhältnisse dreinschwagen, der sich Parteigenosse zu nennen beliebt.

Keine Kontrolle! Und vor allen Dingen keine Kontrolle der Parteipresse!

„Die Sozialdemokratie ist nach unsrer Ansicht eine „Demokratie“, erklärt Herr Kehler, „und damit ist eine „Kontrolle“ der Presse unvereinbar.“

Zunächst ist uns neu, daß mit einer „Demokratie“ die Kontrolle ihrer Organe unvereinbar sein soll. Und von einer anderen Presse, als denjenigen Blättern, die Anspruch darauf erheben, als Organe der Partei zu gelten, ist hier nicht die Rede. Außerdem geht es auch nicht, ohne Weiteres zu sagen: die Sozialdemokratie ist eine „Demokratie“, und mit einer solchen u. Die Sozialdemokratie ist in erster Reihe eine

kämpfende Partei, die sich zwar so weit als möglich demokratisch organisiert, auf die aber, grade weil sie eine kämpfende Partei ist, keineswegs alle Grundzüge uneingeschränkt übertragen werden können, die für bürgerliche — das Wort im weiteren Sinne genommen — Gemeinwesen passen. Uebrigens pflegen auch die demokratischen Gemeinwesen, sobald für sie der Kriegszustand eintritt, ihre Verfassungen entsprechend zu modifiziren. Und die Sozialdemokratie ist im beständigen Kriegszustand.“

Uebrigens muß man sich unter der „Kontrolle“ der Partei auch nicht das Schreckgeheim darstellen, das die Herren Kehler, Müller, Wille u. an die Wand zu malen beliebten. Hat sie schon früher zu keiner Zeit eine Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung bedeutet, so kann davon jetzt erst recht nicht die Rede sein. Wie wenig den Genossen, die den Entwurf ausgearbeitet, eine solche Absicht vorzuschwebte, geht aus einer Mittheilung Bollmar's in der „Münchener Post“ hervor. In einem Artikel „Die neue Einrichtung der Partei“, in der er gegen einige Paragraphen im Entwurf polemisiert, schreibt Bollmar:

„Als über die Neugestaltung unserer Presseverhältnisse verhandelt wurde, war es gerade der jetzt mehrfach angegriffene Genosse B., welcher darlegte: jetzt, wo wir eine große Partei, sei an die Leitung der gesammten Presse von einem Orte aus selbstverständlich nicht mehr zu denken; die örtlichen Parteioorgane hätten selbstständig zu werden — wir müßten uns an eine offene und freie Kritik gewöhnen. Und Niemand widersprach dem.“

Ebenso wird jeder, der Liebknecht genauer kennt, diesem das Zeugniß ausstellen, daß derselbe in Bezug auf die Freiheit der Presse stets den weitherzigsten Standpunkt vertreten hat. Es lag zu dem Gescheh über drohende Meinungsfreiheit nicht der mindeste Anlaß vor. Dagegen wollen wir Herrn Dr. Wille Eines bemerken. Er ist in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gegen die „Korruption“ zu Felde gezogen, die das Sozialistengesetz in das Parteileben gebracht habe. Er hat das Wort später ziemlich eingeschränkt, aber wie er es auch gemeint hat, wir wollen es gelten lassen. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß das Sozialistengesetz anormale Zustände in der Partei geschaffen hat, die beseitigt werden müssen. Aber heißt es nicht den Teufel durch Beelzebub vertreiben, wenn man die Vollmachten gewählet und darum verantwortlicher Beamten möglichst einschränkt, dafür aber der Omnipotenz einer nicht verantwortlichen Masse das Wort redet? Gibt es nicht auch eine Pressekorruption? Die uneingeschränkte Unabhängigkeit der Blätter ist keineswegs eine absolute Bürgschaft für eine allseitige freie Diskussion. Ein Blick auf die bürgerliche Presse mag die Antwort auf diese Fragen erteilen.

Aber freilich, die Herren wollen ja die Sozialdemokratie in Bezug auf die Organisation auf dem Niveau der bürgerlichen Parteien erhalten. Nehmen wir an, ihr Bestreben ginge durch, was würde die Folge sein? Grade das, was sie so heftig bekämpfen: Wird die Partei in jeder Weise dezentralisirt und die Presse der Spekulation überliefert, so erhält die Reichstagsfraktion durch die Natur der Dinge eine Autorität, stärker als sie sie je befehen hat.

Zur „Spaltung“.

Ueber die in unserm heutigen Heft und in Korrespondenzen aus dem Reich verschiedentlich behandelten Differenzen haben in Dresden und Magdeburg die Genossen in öffentlichen Versammlungen entschieden. Wir bringen aus dem „Berliner Volksblatt“ nachstehend die Berichte darüber.

Dresden, 11. August. Die in der Bebel'schen Erklärung angegebene Parteiverammlung in Sachen der „Sächs. Arbeiterzeitung“ fand gestern Vormittag 11 Uhr im Trianon statt. Die Versammlung war von weit über 2000 Personen besucht, darunter Genossen aus der weitesten Umgegend: Großenhain, Reichen, Riesa, Sebnitz, Kamenz, Freiberg, Töbelen u. u.

Man hatte nicht öffentlich eingeladen, sondern per Juktular unter der Hand, um Reugierige und Gaffer fern zu halten. Die Genossen Raden, Weibener und Böttcher bildeten das Bureau, Genosse Bebel referirte. Wir übergeben mit Absicht die diesfälligen, zeitweilig sehr lebhaften Verhandlungen und theilen nur mit, daß schließlich bei der Abstimmung für und wider die von Bebel vorgeschlagene und allen Theilnehmern gedruckt vorliegende Resolution mit allen gegen 10-12 Stimmen Annahme fand.

Mit diesem Hinweis ist das Verweh der bürgerlichen Kritiker des betreffenden Paragraphen im Organisationsentwurf zu beantworten. Eine kämpfende Partei kann nicht das Antlitzbild einer Gesellschafts-Organisation sein. Daß übrigens dieselbe „Sächsische Arbeiterzeitung“, die soeben noch pathetisch erklärt hat: „was die bürgerliche Presse über uns schreibt, muß uns absolet gleichgültig bleiben“, jetzt mit Begehren aus dem freiliegenden und ultramontanen Lager zurück, um den Organisationsentwurf zu bekämpfen, ist ebenso belustigend wie für den Charakter der gegenwärtigen Macher dieses Blattes bezeichnend.

Gegen eine in einer Berliner Versammlung geäußerte Inflation, diese Art Einberufung sei von der Fraktion u. u. befehlet worden, um die Fraktionsgegner auszuschließen, erklärte das Bureau der Dresdener Versammlung im „Berliner Volksblatt“, dieselbe sei erfolgt von Vertrauenspersonen der Dresdener Genossen in einer Weise, daß diese Tage lang vorher Kenntniß davon hatten, die Fraktion habe selbstverständlich gar nichts damit zu thun gehabt. Ihr Zweck war ja einfach: Eine Parteiarbeitelegenheit im Schooße der Partei zu behaupten und Parteigegner wie Judasferris fernzuhalten.

* Der obige Artikel war geschrieben, ehe uns der Bericht über die Volksversammlung in Magdeburg vom 14. d. M., sowie die Erklärung des Genossen Auer in Nr. 189 des „Berliner Volksblatt“ zu Gesicht kam. Belegte durch das Tadelwortum der großen Mehrheit der Magdeburger Genossen gegen die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“, und die Auslassungen Auer's über einen der meist angefochtenen Punkte des von der Parteivertretung ausgearbeiteten Organisationsentwurfs ein erheblicher Theil unserer Ausführungen überholt ist, so lassen wir den Artikel doch unverändert stehen, weil er, wie immer man über die darin entwickelten Ansichten denken mag, vielleicht gerade als Stimmungsbild, als Kehler des Grundrisses, den die betreffenden Vorgänge auf im Auslande wellende Genossen gemacht, ein gewisses Interesse beanspruchen dürfte. Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ist bei ihrer Stellungnahme von keinerlei persönlicher Voreingenommenheit geleitet worden. Sie hatte mit Herrn Müller noch vor einiger Zeit einen kurzen, aber durchaus freundschaftlichen Briefwechsel gepflogen, und mit seinem Mitredakteur, Paul Kamossin, seinerzeit in Jülich held auf bestem Fuß verkehrt. Das konnte uns natürlich nicht abhalten, unserer Meinung über das unverantwortliche Verhalten der „Magdeburger Volksstimme“ und des Herrn Müller rückhaltlos Ausdruck zu geben.

Die Erklärung Auer's und den Bericht über die Magdeburger Volksversammlung findet der Leser an anderer Stelle unseres Blattes. Red. des „Sozialdemokrat“.

Die angenommene Resolution lautet: Die Verlesung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hat durch die Form ihrer Kritik in einer Reihe von Artikeln, die sich direkt und indirekt auf die Parteiverhältnisse beziehen, und insbesondere durch ihre ungeduldeten Angriffe auf die Parteileitung, die Partei sehr schwer geschädigt und spricht die Verlesung darüber ihren entscheidenden Tadel aus. Um künftig ähnlichen Vorkommnissen zu begegnen und in der Erwägung, daß unter den gegenwärtigen Eigentümern des Blattes eine Aenderung in der Haltung derselben nicht zu erwarten ist, es auch nur den Parteigegnern entspricht, daß ein Blatt, das als Parteiorgan gilt, dem Einflusse der Partei und der Parteikontrolle unterworfen ist, ernannt die Verlesung eine Kommission, welche die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu überwachen hat. Ferner wird diese Kommission beauftragt, mit den Eigentümern des Blattes zu unterhandeln, damit das Blatt vom 1. Oktober dieses Jahres ab in das Eigentum der Partei übergeht. Die Kommission ist verpflichtet, in kürzester Frist eine zweite Verlesung zu beraten, in der die Kommission über den Erfolg ihrer Schritte Bericht erstatten soll. Nach Annahme der Resolution erklärten die Eigentümer der Zeitung, die Herren Schönfeldt und Harnisch, daß sie bereit seien, die Zeitung der Partei zu übergeben, und zwar, da sie vom 1. September ab die Umwandlung der Zeitung in ein tägliches Blatt beabsichtigt hatten, schon von diesem Tage ab. Die Verlesung nahm diese Erklärung zustimmend entgegen. Hieran wurde eine Kommission von 9 Mitgliedern gewählt, je 3 aus dem 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreise, um alle nötigen Schritte zur Uebernahme des Blattes zu vollziehen.

Magdeburg, 14. August. Die zweite Versammlung, die gestern Abend im „Schloßgarten“ stattfand, um in den Streitfragen, die in den letzten Tagen einen Theil unserer Parteipresse, darunter die hiesige „Volksstimme“, in erster Linie beschäftigten, war von circa 3000 Personen besucht. Viele Hunderte mußten wegen Mangel an Platz wieder umkehren. Nachdem das Bureau gewählt worden war, erhielt Herr Bebel das Wort, der in längerer Rede gegen die Haltung der hiesigen „Volksstimme“ in diesen Fragen und gegen den Bruno Wille'schen Artikel sich aussprach, indem er auf die einzelnen Angriffspunkte ausführlich einging. Herrn Bebel antwortete der Redakteur der „Volksstimme“, der zu beweisen suchte, daß allerdings die Angriffe eine gewisse Berechtigung hätten und daß es sich um prinzipiell verschiedene Auffassungen handelte. Nach dreistündiger lebhafter Verhandlung, an welcher sich noch eine Anzahl Genossen für und wider betheiligten, schritt man zur Abstimmung. Es lagen im Ganzen 5 Resolutionen vor, von welchen vier sich gegen die Haltung der Redaktion erklärten, eine derselben das volle Vertrauen aussprach. Man kam überein, die Resolutionen in der Reihenfolge, wie sie eingebracht waren, zur Abstimmung zu bringen, und kam infolgedessen die Bebel'sche Resolution zuerst zur Abstimmung, die mit einer Majorität von 1/3 gegen 2/3 der Abstimmenden Annahme fand. Damit waren die übrigen Resolutionen erledigt. Die angenommene Resolution lautet: Die Verlesung erklärt: Die Redaktion der „Volksstimme“ hatte keine Veranlassung, sich in den persönlichen Streit, den der Genosse Bebel mit der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und Herrn Bruno Wille hatte, einzumischen, um so weniger, da bisher von keiner Seite bewiesen worden ist, daß die in dem Wille'schen Artikel gegen die Parteileitung gerichteten Angriffe mit Grund erhoben wurden. Außerdem gehörte eine solche Anklage nicht in die Presse, sondern vor den Parteitag. Die Verlesung verlangt deshalb, daß die Redaktion der „Volksstimme“ die weitere Polemik in dieser Sache einstellen und sich aller persönlichen Angriffe so lange enthält, als sie dazu nicht provoziert wird. Hieran ging die Verlesung in aller Ruhe auseinander. Die Redaktion der „Volksstimme“ (Hans Müller, Paul Kompfmeier) erklärt daraufhin, daß sie von ihrem Amte zurücktritt; sie wird aber „auf Wunsch der Zeitungskommission“ so lange bei der Fortführung des Blattes thätig sein, bis Ersatz geschaffen ist.

Im Anschlusse hieran lassen wir eine vom Genossen Kuer im „Berliner Volksblatt“ publizierte Inschrift folgen, in welcher er die Bewegung anführt, welche für die Fraktion maßgebend waren, als sie in den Organisationsentwurf die verschiedentlich angeforderte Bestimmung aufnahm, daß die Kontrolle über den Parteivorstand, bezw. dessen Geschäftsfähigkeit der Reichstagsfraktion übertragen werden soll, statt wie früher eine eigene Kontrollkommission zu ernennen. Diese Klarlegung lautet: Obwohl es nicht angeht, wie in der Nr. 185 des „Berliner Volksblatt“ bereits ausgeführt ist, auf alle Einwürfe einzugehen, welche gegen den von der Fraktion ausgearbeiteten und veröffentlichten Organisationsentwurf bereits laut geworden sind und vielleicht noch vorgetragen werden, so ist es doch angebracht, schon um die Genossen im Lande vor etwaigen vorläufigen Beschlüssen zu warnen — auf den anscheinend schwerwiegendsten Einwurf, den der Kritiker der „Sächs. Arbeiterzeitung“ erhoben hat, bereits jetzt mit einigen Bemerkungen zu antworten. Der erwähnte Artikel meint nämlich, daß der Entwurf der Reichstagsfraktion eine „ungemeinere Machtstellung“ einräume, und findet dies-

selbe in dem Kontrollamte, das der Entwurf in den §§ 16 bis 18 der Fraktion überträgt. Ohne mich nun weiter mit den Nebenwärtigkeiten zu beschäftigen, welche der Herr Kritiker in seinem Artikel über die Fraktion zum Besten gibt — wobei der Herr und seine gleichgesinnten Freunde, deren es ja hier und da geben soll, immer vergessen, daß die Fraktion doch schließlich nicht besser, aber auch nicht schlechter sein kann, als die Partei, aus der sie hervorgegangen ist und von der sie einen Theil bildet — will ich nur den Grund angeben, weshalb der Fraktion die Kontrolle übertragen werden soll und weshalb man nicht, wie dies in der früheren Organisation der Fall war, eine eigene Kontrollkommission vorschlägt. Es war durchaus nicht freier Wille, noch viel weniger eine Aushandlung der Fraktionsherrschschaft, was uns dazu brachte, die ursprünglich im Entwurf sogar vorgesehene Kontrollkommission fallen zu lassen, sondern wir handelten dabei nur: der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. In den neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Rechtsprechung gegenüber Arbeitervereinigungen geht nämlich die, daß gewählte Kommissionen von geringer Mitgliederzahl, seien es auch nur 3, 5 oder 7 Mann, unter Umständen als selbstständige Vereine zu betrachten und demgemäß zu behandeln seien. — Sollten wir uns nun nicht der Gefahr aussetzen, den Parteivorstand, bestehend aus 5 Mann, und die Kontrollkommission, aus 7 oder 9 Mann zusammenzusetzen, je als einen selbstständigen politischen Verein erklärt zu sehen, die wegen „Anverwandlung“ sofort in der legalsten Weise aufgelöst werden könnten, so müßten wir einen Ausweg suchen. Diesen glauben wir nun auch gefunden zu haben, indem wir — ganz so wie es bei allen anderen Parteien auch geschieht — die parlamentarische Vertretung mit der Parteikontrolle betrauen. Ob dieser Ausweg unter allen Umständen vorzuziehen ist, das ist eine Frage, die Niemand zu bejahen wagen wird. Der deshalb einen besseren Vorschlag zu machen weiß, der mag damit herantreten; nur mit dem Vorwurfe verheute man uns, daß die Fraktion durch diese Bestimmungen sich eine „ungemeinere Machtstellung“ habe sichern wollen. Im Gegentheil: Niemand wird dem Anführer eines praktischen Vorschlages dankbarer sein als die Fraktion selber, welche dadurch vor der Möglichkeit behütet bleibt, von einem fündigen Staatsanwalt als politischer Verein erklärt und wegen Verletzung des Vereinsgesetzes bis zum letzten Mann eingesperrt zu werden. Mögen also die Herren Kritiker nur ihr Gehirn anstrengen und möglichst praktische Vorschläge ausdenken, das wird der Partei viel dienlicher sein, als die Fraktion, deren Mitglieder doch sozulagen auch noch Parteigenossen sind, mit den albernsten und unbewiesenen — weil unbeweisbaren — Vorwürfen und Verdächtigungen zu behelligen.

Deisenhofen b. München. J. Kuer.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 20. August 1890.

Deutschland, den 16. August. Der 1. Oktober war für unsere Feinde ein Tag großer Hoffnungen. Was der erste Mai nicht leistete, das sollte der erste Oktober leisten: er sollte der Welt zeigen, daß die Sozialdemokratie keine zivilisierte Partei oder Gesellschaft sei, mit der man in zivilisierter Weise verkehren könne, sondern eine Sammlung von Raubvögeln, wilden Heulen, Catilinischen Eristenzen — kurz die bekannteste vile Maultier, die man sich auf die eine oder andere Weise, im Interesse der öffentlichen Ordnung und Reinlichkeit vom Hals schaffen müsse. Ihr habt das Ausnahmegesetz nicht haben wollen, gut, wir haben Euch den Willen gestan, wir haben dem sozialdemokratischen Pack unsere kritisch-humane Gesinnung bewiesen — und das ist der Dank, das ist der Lohn! Seht wie die Durschen sich aufführen — die wäresten Orgeln feiern, wie Hund und Katzen auf einander losbeissen und loskröpfen. Ist es nicht eine Schande! Nun — das Ausnahmegesetz habt ihr nicht gewollt — es hat ja auch nichts genützt. So müssen wir uns und der bedrohten Zivilisation auf andere Art helfen: die Flinten muß schreien, der Säbel hauen! — Sobald das Gesindel sich aufrückt! — So gedachte man zu der zivilisierten Welt wenige Wochen nach dem 1. Oktober sprechen zu können. Kurz, unsere Feinde glauben, die Aufhebung des Sozialistengesetzes zur Diskreditirung der Sozialdemokratie benutzen zu können. Inlere Stärke, die bei den letzten Reichstagswahlen zum Schrecken unserer Feinde sich so gewaltig offenbart hat, liegt darin, daß wir die einzige Partei sind, welche die ernstliche Forderung der sozialen und politischen Schäden der Gegenwart erstrebt und ein den Interessen der arbeitenden Klassen und Massen: der ungeheuren Majorität des Volkes, entsprechendes Programm hat. Das von den bisherigen prinzipienlosen, gelbeisernen und veräuligten Taktik unserer Partei drang in die Massen immer tiefer und tiefer die Ueberzeugung ein, daß allein bei der Sozialdemokratie das Heil zu finden, allein unter ihrem Banner zu stehen sei. Inlere Feinde sind verloren, wenn die sozialdemokratische Bewegung sich fortwährend weiter ausbreitet:

Gleich bei den ersten Worten schloß mir der Gedanke durch den Kopf, dem Direktor fehlen offenbar die Beweise meiner Thätigkeit; er will sie erst durch Vergleichung von Schriftproben erlangen. „Besser kannst Du nicht schreiben? Du können wir Dich nicht brauchen“, meinte der Hausvater, nachdem er mein Geschriebenes durchgesehen. Der Kuffcher, der mich geholt hatte, wurde beauftragt, mein Schreiben nach der Direction zu bringen. Als auch der Hausvater das Zimmer verließ, gab mir der anwesende Schreiber (ebenfalls ein Sträfling) Aufschlüsse über den Stand meiner Sache. Er hatte Gelegenheit gehabt, eine Unterredung des Sanitätsraths mit dem Seelensarzt im Lazareth mit anzuhören. Danach sollte der Direktor die Sache einer Konferenz vorgelegt und für sich 30 Preiskontingente beantragt haben. Der Antrag wurde von Woder unterzogen. Aber der evangelische Pastor, der Arbeitsinspektor und der Sanitätsrath widersprachen dem. Weiterer führte an: Bei der schwachen Konstitution des Wunderlich und bei seinem derzeitigen schlechten Gesundheitszustand könne er (der Rath) die Verantwortung nicht übernehmen. Man möge Wunderlich gelad befragen und ihn in eine andere Anstalt verlegen. Mit dem Schlußsatz sei der Rath beim Direktor schon angekommen; was ihm bis jetzt nicht gelungen sei — den Wunderlich zu „bessern“ — könne in einer anderen Anstalt erst recht nicht gelingen. „Und so werden Sie wohl mit einigen Wochen Dunkelarrest davon kommen“, sagte der Schreiber hinzu. „Aber Mensch, was haben Sie denn eigentlich gefürchtet? Der Rath meinte, Wunderlich muß toll sein, den Löwen so zu reizen; wir werden ihn wohl nächstens auf seine Zurechnungsfähigkeit zu untersuchen haben.“ Diese Gedrängung hob meinen Muth und meine Lebenslust gewaltig. Des Mittags nochmals Schreibstunde; die erste Probe war wahrscheinlich nicht zur Zufriedenheit ausgefallen. Am andern Morgen wurde ich dann dem Direktor vorgeführt. Und da wurde mir folgende Erklärung: „Du hast zwar Deine Schrift geschickt, verstellst, doch mich kannst Du nicht täuschen. Gewisse Buchstaben in „Freie Gedanken“ sind mit denselben Buchstaben in Deiner gestrigen Schriftprobe unverkennbar verwechselt. Du bekommst vorläufig 14 Tage Dunkelarrest, das Weitere wird Dir die Staatsanwaltschaft erzählen.“ Mit diesem Ausgang war ich zufrieden. 14 Tage konnte ich zur Noth noch herunterreizen. Gammel bekam auch 14 Tage und Binger 14 Nächte Arrest. Und wie wurde unsere Verbindung entdeckt? Wie von Aufsehern, vom Kalkator und von einigen Genossen behauptet wurde, sollte Dade der Ueberbringer gewesen sein. Ob er mit Recht der Unrecht beschuldigt wurde, und wenn er wirklich der Ueberbringer war, ob aus Absicht oder Fahrlässigkeit, konnte ich nicht beurtheilen. Jedenfalls wäre die Geschichte unentdeckt geblieben, wäre das Blatt, nachdem es alle gelesen, jogleich vernichtet worden. Der Kuffcher von D 1

Der Versuch, durch ein Ausnahmegesetz die Ausbreitung zu hindern, ist mißglückt. Der Versuch, uns durch „falsche Brüder“ zu „anarchistischen“ Thäten zu verleiten und vor die Kanonen des Militärkoads zu treiben, ist ebenfalls mißglückt. Meist das Dritte: die Sozialdemokratie zu selbstmörderischen Streitigkeiten zu verleiten, und zu bewirken, daß sie der Welt ein Abheben erregendes Schauspiel darbiete. Diese grimmig gedachte und noch mehr gefährliche Sozialdemokratie, zu der die „bedürftigen“ Volksmassen aufstehen als zur Ketterin und Ketzlerin, sie soll sich vor versammeltem Volk das Diadem der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit abreißen, den Mantel der Menschlichkeit und Kultur abwerfen und sich als eine häßliche Negare entpuppen, die wie ein Fischweib schlingt, und den betrunken gemachten Deloten der Spartaner gleich die Niedrigkeit ihres Wesens in ihrem Benehmen und ihren Handlungen enthüllt — kurz wir sollten der Welt ein abstoßendes Schauspiel sein. Die „Führer“ — deshalb „Führer“, weil sie in dem Kampf für die Sozialdemokratie in den vordersten Reihen gekämpft — sie sollten des Rindes der Aufopferung, der Selbstlosigkeit, des Idealismus entleiden und denen, die bisher Vertrauen zu ihnen gehabt, als gemeine Intriquanten, ehrgeizige Geschäftspolitiker — mit einem Wort als verachtungswürdige Lumpen hingestellt werden. Und zwar mußte die betrübliche Arbeit von „Genossen“ verrichtet werden, denn wenn die Feinde es direkt thaten, so war von vornherein der Mißerfolg gesichert. Es fällt uns nicht ein, den Herren Wille, Müller, Sommer, Harnisch u. s. w., die bei dieser traurigen Arbeit mit ihrer Person an das Licht getreten sind, nachzulagen, sie seien von den Feinden der Sozialdemokratie zu ihrem Thun angestiftet und dafür bezahlt; daß sie aber die Arbeit unserer Feinde verrichten, das kann für keinen denksfähigen Menschen einem Zweifel unterliegen. Die Herren der „Opposition“ mögen den besten Willen von der Welt gehabt haben, mit den besten Vorsätzen von der Welt an die Arbeit gegangen sein — an der Wirkung ihres Handelns ändert das nichts, und der Weg zur Hölle ist sprichwörtlich mit guten Vorsätzen gepflastert. Wer in der Schmach sich gegen mich wendet, ist mein Feind, auch wenn er mein Kamerad war und mir noch so eifrig versichert, im Interesse unserer gemeinsamen Sache wende er sich gegen mich.

Ausdrücke augenblicklichen Muthes sind unter den besten Genossen nicht zu vermeiden, allein niemals darf ein Kamerad den Kameraden Angesichts des Feindes, und unterhalb dem Beifall des Feindes, anfallen und angreifen. Da hört die Kameradschaft auf. Zugegeben, daß die Herren Wille, Sommer, Müller, Harnisch u. s. w. die Partei auf dem Weg ins Verderben glauben und es für notwendig hielten, ihre warnende Stimme zu erheben — von dem Moment an, wo sie durch den jubelnden Beifall aller feindlichen Parteien belehrt wurden, wessen Arbeit sie verrichteten, mußten sie Halt machen, und ihren Zweck: die Partei vom Verderben zu retten, auf andere Weise zu erreichen trachten. Jemand, den ich aus dem Wasser ziehen will, werfe ich doch keinen Stein in den Hals, mit dem ich ihn erdroffele. Und der Jemand, den die Herren der Opposition „retten“ wollten, lag nicht einmal im Wasser — den Stein werfen sie ihm aber um den Hals. Nun — der Streik ist durchschritten, und die Sozialdemokratie wird den 1. Oktober in derselben guten Gesundheit überdauern, wie weiland den 1. Mai. — Die Partei im Großen und Ganzen ist durch diese Vorkommnisse gar nicht berührt worden — wie wir bereits mittheilten. Die „Opposition“ trat bloß an wenigen Punkten und rein lokal auf, und der Umstand, daß die Fraktion einig blieb, und daß nicht einer der bewährten und allgemein bekannten Genossen sich der „Opposition“ anschloß, beruhigte sofort das Gros der Partei. Die Verlesungen in Dresden und in Magdeburg haben gezeigt, daß die Herren der Opposition in der Partei keinen Boden haben, und die Verlesung, welche für nächsten Mittwoch in Berlin anderrumt ist, wird genau das nämliche Resultat ergeben. Die im Ausland lebenden Genossen dürfen sich nur nicht durch die Berichte der gegnerischen Blätter irre führen lassen. Die Bourgeoisie- und sonstigen Reaktionsblätter liegen in dieser Sache wie gebraucht. Die „Spaltung“ im Schooße der Sozialdemokratie ist bereits zu einer „Revolution“ angewachsen — Bebel, der in der Dresden-Verlesung einen „Oppositions“-Sprecher etwas lebhaft zur Rede stellte, hat diesen „geprügelt“. Wille hat in Berlin vor Tausenden — in Wahrheit vor 3 bis 400 — einen „glänzenden Sieg über Bebel“ davongetragen, — und was der Lügen mehr sind. Die Genossen im Ausland mögen beruhigt sein, die „Opposition“ ist schon beim Anfang des Endes angelangt, und der halbe König wird sich mit keiner „Vertheilung“ zu beschäftigen haben. Inzwischen sehen die Parteigenossen sich sehr sorgfältig den Organisationsentwurf an. Nur an unwesentlichen Punkten wird dies und jenes angelegt. Die Behauptung der „Opposition“, die Fraktion habe durch den Entwurf sich eine „Diktatur“ sichern wollen, wird allgemein verflucht. Daß die Fraktion in dem Entwurf eine große Rolle spielt, als unter normalen Verhältnissen der Fall sein würde, erklärt sich aus den deutschen Verhältnissen, die z. B. eine „Kontrollkommission“, so wie wir sie früher hatten, nach den neuesten Gerichtsverordnungen einfach unmöglich machen. Natürlich für die Herren Wille, Müller u. s. w., die von derartigen Dingen keinen Begriff haben — sie sind ja noch ganz jung in der Partei — existiren solche Erwägungen nicht; diese Herrenmeister und Wundermänner machen Alles mit „Vedenshaft“ und „gutem Willen“ und souveräner Verachtung für Thatsachen und gesunden Menschenverstand.

wollte durch das Guckloch der Jellenthür gehen, wie Dade das Blatt dem Kaplan Becker zu lesen gab. Dade händigte die „Freien Gedanken“ während der Freistunde dem Gammel wieder ein, und gleich darauf wurde revidirt.

Kirche und Literatur.

Die katholischen Sträflinge müssen jeden Sonntag und Mittwoch, die evangelischen Sonntag und Donnerstags den Gottesdienst besuchen. Der Gottesdienst beider Konfessionen wird in ein und derselben Kirche abgehalten. Während die Lust noch erfüllt ist von den Tränen der alleinstehenden Kirche und von Angriffen gegen die evangelische Lehre, wird eine Viertelstunde später durch den Mund des Pastors gegen die gottesdienstlichen Römlinge geistert. Die Kirche befindet sich im Hauptgebäude der fünf Flügel, oben im dritten Stock. Portiere wohnt die Familie des Direktors, den ersten Stock haben beide Inspektoren inne, und die zweite Etage enthält die Wohnung des Pastors und Kantors. Um diese Gebäude herum gruppiren sich die mit Sträflingen belegten Flügel, so daß Flügel A links, C rechts, und B und D, beide in einer Front stehend und aneinander gebaut, hinter dem großen Mittelbau stehen. Diese Flügel liegen alle kreuzförmig von einander ab, sind aber oben im dritten Stock mit dem großen Mittelbau durch verdeckte Gänge verbunden; diese Gänge münden in die Kirche. Zehn Minuten vor Beginn des Gottesdienstes werden die drei Jünglinge der Kirche gedrückt und von allen Sträflingen in die Kirche, von Aufsehern begleitet, herein. Die Sträflinge sitzen eng bei einander auf Bänken ohne Lehnen. Die Aufsicht während des Gottesdienstes ist sechs Aufsehern übertragen; zwei sitzen vorne und vier auf beiden Seiten an der Wand, alle auf erhöhten Sigen. Doch auch Woder ist befohlen, daß kein Sträfling vom Gottesdienst abzuwehlt. Wenn Woder den Segen gibt, wobei er sich den Sträflingen zuwendet, steigt sein Blick blühschnell über die Versammlung hin, und nebe dem, der in diesem Moment von ihm beim Sprechen bemerkt wird. Nach Beendigung des Gottesdienstes kommt Woder ganz sicher auf den Sünden zu und fordert einen Aufseher an, ihn zu melden. So wird Woder's Segen Manchem zum Fluch — zum Dunkel-Arrest bei Wasser und Brod. Der Abwechslung halber gehen des Sonntags die Sträflinge verhältnismäßig gerne in die Kirche. Eine Orgel begleitet den Gesang der Sträflinge, aber, richtiger gesagt, der Gesang der Sträflinge begleitet die Orgel. Doch kommt es zuweilen vor, daß die Orgel mit einem schrillen Pfiff verstimmt — die Arbeit einstellt — und trotz allem Treten und Drücken keinen Laut mehr von sich gibt. Dann müssen sich die Sträflinge allein behelfen, und ihr Sang offenbart sich hernach in seiner ganzen Erbarmlichkeit.

Feuilleton.

Aus dem Tagebuch eines politischen Zuchthäusers.

Noch einmal im Dunkelarrest. (Fortsetzung.)

Je länger ich den Selbstmordgedanken überdachte, desto vertrauter wurde ich mit ihm. An meinem Stiefelabsatz war ein Eisen locker. Wenn ich daselbe vollends abriß, am Fensterstein schwärz rieb und mir damit die Fußsäbel öffnete? Ein Entweichen des Blutes, der Lebensgeister, und bald finde ich Ruhe. Bald die Ruhe und den Frieden, die ich, soweit ich zurück denken konnte, noch keinen Tag besessen, und die ich voranschaulich auch nie im Leben erringen werde. Boga auch sich noch länger langweilen und quälen? Angenommen, ich überwinde diese Wädhre mit besser Haut, ist es denn sicher, daß mein Körper die nötige Widerstandskraft besitzt und die ganzen ein und einhalb Jahre Zuchthaus übersteht, welche noch vor mir liegen? Und wenn auch, würde ich nicht Spererlich und geistig so gedrohen sein, daß in der Welt draußen nur Noth und Elend meiner harrten? Und wenn dem ehemaligen Zuchthäuser auch die allerbedeutenste Existenz zu gründen mislingt, wenn er schließlich doch im Schmutz des Lebens verfaßt? Selbst wenn sich mein Geschick günstiger gestalten sollte, muß ich nicht dennoch einlam meine Wege gehen? Kann ich einem Freund noch offen in die Augen sehen mit dem Bewußtsein, einst gefoltert und gepeinigt worden zu sein, getreten, wie man keinen Wurm tritt? Muß dieses Bewußtsein mir nicht alle Lebensfreuden vergällen und mich doch noch, so oder so, in den Tod treiben? Alle Leiden und Schmerzen würden doch vergebens erduldet sein. Also fort mit diesem nutzlosen Leben! So fröhlich, beschloß ich, die Unterjagung abzukürzen, mich am folgenden Morgen dem Direktor zu stellen, Alles an mich zu nehmen, und wenn Beischendebie oder Vattenarrest über mich verhängt werden sollten, — einfach einen Strich durch mein Leben zu machen. Der Morgen kam. Ich wurde abgeholt, ich soll zum Hausvater kommen. Wie, nach der Hausvater? Soll ich etwa gar eingeliefert werden und will man mich vielleicht als unzulässig aus dem Zuchthause verhaften, wie früher aus dem Unterrikt? Der Hausvater eröffnete mir verstimmt lächelnd: „Damit die Herren Höllinge etwas mehr Respekt vor ihren Vorgesetzten bekommen, damit sie eher wieder fromm und gläubig werden, und um auch sonstigen Peinlichkeiten abzuwehnen, gebent der Herr Direktor eine Zeitung für Euch in's Leben rufen, und Dich hat er zum Geh-Redakteur ernannt. Hier bei mir selbst sollst Du Proben Deiner Befähigung ablegen. Dort“, nach dem Pult zeigend, „dort findest Du Papier und Bleistift; schreibe also genau und lehrbar, was ich Dir diktiere.“

